

Kommentar



Ingo Schmitt
MdB

Für ihr Streben nach einer multi-kulturellen Gesellschaft haben sich Außenminister Fischer und die Grünen über geltendes Recht hinweg gesetzt. Hierfür trägt der Außenminister auch die direkte Verantwortung - nicht nur sein ehemaliger Staatsminister Volmer. Fischer hatte den Erlass vom 03.03.2000 unterzeichnet, demzufolge „im Zweifel für die Reisefreiheit“ entschieden werden sollte, ohne die Voraussetzungen einer Einreise im Detail zu prüfen. Die Folge war eine Quasi-Einladung für Menschenhändler, Prostituierte und auch Terrorismusverdächtige nicht nur aus der Ukraine, sondern ebenso aus Tschetschenien und Algerien. Bereits am 09.03.2000 wurde Fischer von Innenminister Schily auf den Widerspruch zum deutschen Ausländerrecht und den Verstoß gegen das europäische Abkommen von Schengen hingewiesen. Im Mai 2001 wurde das Außen- vom Bundesinnenministerium informiert, dass das neue Verfahren mittlerweile eine zentrale Rolle bei der Schleuserkriminalität spielten. Der Botschafter in Kiew meldete im Februar 2002, man werde von Antragstellern überrollt. Es änderte sich nichts. Das Kölner Landgericht brachte es im Februar 2004 auf den Punkt: Das Außenamt habe einer Schleuserbande „durch schweres Fehlverhalten“ Vorschub geleistet. Die grüne Regierungspartei - geduldet oder sogar unterstützt durch den Bundeskanzler - hat so die innere Sicherheit aller Mitgliedstaaten des Schengener Abkommens gefährdet. Denn wer legal nach Deutschland eingereist ist, kann sich innerhalb des Schengenraums unkontrolliert bewegen. Schröder muss personelle Konsequenzen ziehen, um nicht weiter das Ansehen Deutschlands in der EU zu beschädigen. Fischers Rücktritt ist daher mehr als überfällig.

Fischers Affäre

Es geht nicht um Reisefreiheit. Es geht um die das Öffnen von Schleusen für den Menschenhandel. Und das ist kein Kavaliersdelikt vor dem sich Bundesaußenminister Fischer hinter seiner Verwaltung wegducken kann. Laut „Lagebild Menschenhandel“ des Bundeskriminalamtes ist die Zahl der Kriminellen aus den osteuropäischen Staaten in 2002 und 2003 deutlich gestiegen. In Hamburg etwa kam zwischen 2001 und 2003 fast jede dritte aufgegriffene illegale Prostituierte aus der Ukraine. Genau in dieser Zeit aber alarmierte die Polizei bereits die deutschen Behörden. Doch der zweifelhafte Erlass, der Fischers Unterschrift trägt, wurde erst Ende Oktober 2004 geändert. In der

Visa-Affäre hat die Union jetzt dem Außenminister bescheinigt, die Unwahrheit zu sagen. Der CDU-Obmann im Visa-Untersuchungsausschuss, Eckart von Klaeden, betonte, wenn Fischer behauptete, sich mit der Affäre erst in der Vorbereitung auf den Ausschuss beschäftigt zu haben, sage er nicht die Wahrheit. Aussagen von Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes in Strafverfahren gegen Schleuser würden dies belegen. Vor dem aktuellen Hintergrund der Visa-Affäre fordert der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Frank Henkel, der Berliner Senat müsse hierzu erklären, inwieweit er den Schaden für Berlin nach Bekanntwerden der Einreisen begrenzen konnte. Es sei davon auszu-

gehen, dass tausende Personen vor allem aus den GUS-Staaten in Berlin geblieben seien und die Stadt zum Zielgebiet von Schleuserbanden wurde. Die Reiseerleichterungen hätten, so Henkel, vermutlich die organisierte Kriminalität in Berlin ausgeweitet. Durch Schwarzarbeit und den Missbrauch der Sozialkassen werde auch die Volkswirtschaft davon betroffen sein. Die illegal Eingereisten müssten unverzüglich in die Herkunftsländer zurückgeführt werden. Der Bund, fordert Henkel, müsse für den Schaden aufkommen, der sich für Berlin daraus ergibt.(dr)

Rot-rote Wegelagererei

Schon wieder ein Angriff auf den Geldbeutel der Bürger. Die neue Idee zum Abzocken heißt bei Rot-Rot: Straßenausbaubeitragsgesetz. Was verbirgt sich dahinter?

Der Senat hat in seinem Entwurf festgelegt, dass jeder Grundstücks- und



Fritz Niedergesäß
MdB



Jörn Schultze-Berndt

Hauseigentümer, und in der Folge auch die Mieter der Objekte, bei einem Um- und Ausbau der Straße zur Kasse gebeten wird. Der baupolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Fritz

Niedergesäß, stellt fest, dass es dabei es zwangsläufig zu Ungerechtigkeiten kommen werde: „Wer in einer Straße wohnt, an deren Ende eine neue Siedlung entsteht, muss zahlen, obwohl er durch die „neuen Nachbarn“ nur Krach und Dreck zu erwarten hat. Hinzu kommen selbstverständlich auch noch höhere Straßenreinigungsgebühren. Und die sind in Berlin rekordverdächtig. Ihren entschiedenen Widerstand gegen die neuesten Steuererhöhungen des rot-roten Senats hat auch die CDU Reinickendorf angekündigt. „Es ist doch völlig klar“, so der CDU-Fraktionsvorsitzende, Jörn Jakob Schultze-Berndt, „dass eine solche Mehrbelastung sich auch auf die Miethöhen

in der Hauptstadt auswirken wird. Was hier geplant wird, ist der tiefe Griff in die Taschen aller Berliner.“ Der Senat versuche sein Vorgehen mit dem Verweis auf das übrige Bundesgebiet zu rechtfertigen. Dort sei, mit Ausnahme Baden-Württembergs, Gesetze in dieser Art vorhanden. „Leider verschweigt Sarrazin an diesem Punkt die halbe Wahrheit. Da Grundstücksbesitzer im übrigen Bundesgebiet sich an Straßenausbaumaßnahmen beteiligen müssen sind dort die Grundsteuern entsprechend gering. In Berlin jedoch bittet der Senat Grundstücksbesitzer mit hohen Grundsteuern Jahr für Jahr zur Kasse.“, so Schultze-Berndt weiter. „Für uns ist die Belastungs-

grenze erreicht. Mit Kfz-Steuer, Mineralölsteuer und Grundsteuer werden Bürgerinnen und Bürger bereits an vielen Stellen für die Unterhaltung von Straßen abkassiert. Es ist an der Zeit, dass dieses Geld auch zielgerichtet für diese Zwecke eingesetzt wird. Denn eines ist schon jetzt klar: Auch mit einer zusätzlichen Steuer wird kein Euro mehr Geld in den Straßenbau fließen. Der Senat wird vielmehr seinen finanziellen Beitrag um den Anteil der Anlieger reduzieren und die frei werdenden Mittel in politischen Lieblingsprojekten wie dem Tempodrom oder dem Rosa-Luxemburg-Denkmal verpulvern“, ist sich Schultze-Berndt sicher.

